

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Sektion des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Postkonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgehaltene Pettizelle Hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 35

Freitag den 11. Februar 1921

87. Jahrgang

Vertilgung und Säckliches.

Dippoldiswalde. Die am gestrigen Mittwoch abgehaltene Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins, die im Verein mit dem Hausfrauenverein stattfand, war leider nicht so zahlreich besucht, wie man das wohl von beiden Vereinen gewöhnlich ist. Es mag dahin gestellt bleiben, ob es wohl der ungewohnte Tag, Mittwoch statt Sonnabend, war, der Schuld an dem schwachen Besuch war. Die Wichtigkeit des Vortrages „Einführung des Mädchenfortbildungsschul-Unterrichts auf dem Lande“ hätte wohl eine regere Teilnahme erwarten lassen. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Dekonomierat Weide-Oberhänslich und Begrüßung der Erschienenen, insbesondere der Vortragenden, Fräulein Pfeiffer vom Sächsl. Hausfrauenverein wurden zunächst zwei neue Mitglieder aufgenommen und, da zur Prämiierung neun Personen angemeldet worden sind, beschloßen, einen einfachen Familienabend an einem vom Vorstande festzusetzenden Tage abzuhalten. Darauf erhielt Fräulein Pfeiffer das Wort und sprach in 1 1/2 stündigem Vortrage. Zunächst verlangte sie, daß die Frau mehr als bisher ins politische Leben eintreten und mehr an Versammlungen teilnehmen müsse als bisher, namentlich verlangte sie eine stärkere Beteiligung an den Wahlen. Die Versammlungen sollten am gleichen Tage wie die der Herren stattfinden, da zum Teil die Themata der Vorträge beide Teile gleich interessierten. Weitergehend zur Besprechung der Mädchen-Fortbildungsschule führte sie aus, daß dieselbe durch die Reichsversammlung eingeführt sei und zwar bis 1923, der Besuch einer landwirtschaftlichen Hausfrauenschule befreit vom Besuch der ersteren; im Jahre sollten in 40 Wochen 120 Stunden gegeben werden. Eine Berufspflichtschule soll für das fünfjährige Leben die Besucher erschließen. Durch den Schulbesuch erfolge aber eine starke Belastung der Wirtschaft, auch würde der Schulweg manchmal sehr weit sein, weshalb eine Zusammenlegung und Gründung von Schulverbänden zu erstreben sei, stiers würden wohl auch geeignete Lehrkräfte fehlen. Der Einwand, die Mädchen würden in der Wirtschaft gebraucht, der Besitzer sei zum Teil auf sie mit angewiesen, sei nicht stichhaltig, die Zeit der Arbeit erfordere eben eine entsprechende Ausbildung, dies habe die Kriegszeit bewiesen. — Die Beschaffung der Geldmittel müsse durch den Staat erfolgen, die nötigen Richten und die Schulgebühren sollen die Schulgemeinden beschaffen. Daß die Durchführung möglich sei, bewiesen Bayern und Sachsis-Meinigen. Entgegenkommen von beiden Seiten sei natürlich notwendig. Rednerin ging dann auf die passendste Zeit des Unterrichts, sowie auf die einzelnen Fächer derselben ein und verlangte im ersten Jahre die Behandlung der Hauswirtschaft, im zweiten die Wirtschaftsführung. In Sachsen beständen neben 29 Fachschulen für Knaben bisher nur 2 solche für Mädchen. Die Leitung der Schule solle in den Händen einer Frau liegen, der Staat müsse für richtige Lehrkräfte sorgen, aber nicht für solche, die ihre Ausbildung in 1/4 Jahr erhalten hätten, etwa vier Gemeinden könnten eine Lehrerin zusammenstellen. An die Dankesworte des Herrn Vorsitzenden schloß sich eine sehr rege Aussprache, in der stiers sehr kritische Töne für und gegen die Schule erklangen wurden und an der sich die Herren Dekonomierat Weide-Oberhänslich, Räder-Müller, Stadtrat Jödel, Dekonomierat Weide und Direktor Strahl beteiligten. Romenisch Irgherz entwickelte seine gegenwärtige Meinung sehr entschieden und belegte sie durch schlagende und überzeugende Momente. Nach einem Schlusswort von Fräulein Pfeiffer und nach Erledigung noch mehrerer innerer Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung nach dreistündiger Dauer um 8 Uhr geschlossen.

— Nach einem Vortrage des Herrn Dr. Bäckerling-Baugh wurde im vorigen Jahre der Jugendring Dippoldiswalde gegründet; am Mittwochabend trat er zum ersten Male vor die Öffentlichkeit, um neue Helfer unter der Jugend zu gewinnen, seinen Zweck und seine Ziele weiteren Kreisen bekannt zu geben. Der Einladung des Ausschusses war eine große Zahl Erwachsener und Jugendlicher gefolgt und wurde vom Vorsitzenden, Herrn Dekonomierat Weide, persönlich bewillkommt, der in seinen Begrüßungsworten schon auf die Ziele des Jugendringes, Kampf allem Schmutz und Schund in jeder Art, hinwies. Nach einem Klavierkonzert der Herren Ots und Referendar Weier und einem Violinkonzert von Fräulein Blanke und Herrn Dekonomierat Weide, am Klavier begleitet von Herrn Referendar Weier, erglückte Fräulein Dr. Lydia Eger-Dresden das Wort zu ihrem Vortrage. Sie beantwortete in ihm die Frage: Was ist der Jugendring und was will er? Er ist kein Verein, sondern ein Zusammenfluß aller Jugendbünde zum Kampfe gegen Schmutz und

Schund. Am Wahlspruch des Bundes: Liebe, Wahrheit, Reinheit erläuterte sie in feilscher, aber zugenauer Art weitere die Ziele. Durch gegenseitige Liebe ein einig Volk zu werden, zu wahrer Volksgemeinschaft zu kommen, Reinheit in Wort und Tat, am eigenen Ich und im ganzen Gemeinwesen, und endlich Wahrheit. Wie viel Bände ist überall. Wahr sein, heißt sich ganz geben, wie man ist, auch in äußeren Dingen das wirkliche darzustellen. Bleibt ein einfacher Mann, der einfach lebt, nicht zehnmal höher denn einer, der durch Gesellschaften usw. die Mitbürger täuscht? Wahrheit auch in der Mode und endlich Kampf dem Alkohol und Nikotin, deren Genuss für die Jugend etwas unwahres ist, sie alt macht. Zum Schluss forderte Fräulein Dr. Eger alle auf zur Mithilfe an dieser Arbeit, in der wirkliche reinste Freude liege. Im zweiten Vortrage des Abends, der nach Liedern zur Seele, vorgetragen von Fräulein Annemarie Reichel, von Herrn Fritz Riedel-Dresden gehalten wurde, erzählte dieser, wie es unter der Jugend, besonders in der Großstadt, zugeht, wie unser Volk verderben müsse, wenn sich nicht die Jugend selbst aufrette. Er berichtete über die Arbeit des Jugendringes Dresden im Kampfe mit Schmutz, Kino und Buchhandlung. Man habe dort viel gebessert, viel unterdrückt, aber nun bestehe die Gefahr, daß der Schmutz und Schund durch das Eingreifen des Jugendringes in der Großstadt aufs Land hinausgetragen werde. Darum engster Zusammenfluß, der aber nur möglich sei, wenn wir einfacher würden. Er wandte sich an die Dippoldiswalder Jugend, eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen zur Arbeit am ganzen Volke und schloß seinen Vortrag mit einem Bilde, in dem er unsere Zeit mit einem Steppenrande, zwei stehende Reiter mit unserem Volke verglich, die um sich zu reiten, ein Gegenfeuer anzubeten und so auch den Flammen entgegenstehen. Herr Oberkonsulent Dr. Grohmann unterließ die Rede. Es habe auch früher diese Zeiten gegeben, ernste Arbeit werde helfen. Kämpfen, nicht loder lassen, sich kämpfen, dann werde der Lohn nicht ausbleiben. Nach einem weiteren Violinkonzert entwickelte Herr Dekonomierat Weide das Programm des Jugendringes Dippoldiswalde und bemerkte dabei mit, daß auch in unserm Städtchen der Kampf gegen Schund, Film und besonders gegen Schundliteratur recht, recht nötig sei; Herr Riedel warnte aber ernstlich davor, etwa einen neuen Verein zu gründen und das dringende, Spiel, Sport, Wanderung usw. den Vereinen zu überlassen. Der Jugendring, gebildet aus jugendlichen Vertretern aller Vereine, müsse eine Bekämpfung der gesamten Jugend werden, die Jugend müsse aus sich heraus arbeiten und von sich aus den Kampf gegen Schmutz und Schund in jeder Form aufnehmen. Endlich rief Fräulein Dr. Eger noch zu praktischer Arbeit, die schnellstens aufgenommen werde. Mit dem Gesang des Bräutigams Liedes „Guten Abend, gute Nacht“ durch die 2. Knabenklasse, die auch nach dem ersten Vortrage schon zwei wohlunterrichtete Bieder recht gut vorgetragen hatte, wurde der Abend gegen 12 Uhr, für die jugendlichen allerdingens etwas sehr spät, geschlossen. Wollen wir wünschen und hoffen, daß die Ziele des Jugendringes, die besonders Fräulein Dr. Eger so herzlich und klar, aber auch als so dringend nötig schilderte, auch in Dippoldiswalde unsere Jugend zu ernster Arbeit anspornen und von ihr auch erreicht werden. — Der Jugendring Dippoldiswalde besteht jetzt aus einem 20gliedrigen Ausschuss und hat mehr als 150 Teilnehmer. Die am gestrigen Abend vorgenommene Teilerhebung ergab einen Betrag von 386 Mark; größere zugegebene Spenden stehen noch aus.

— Wir wollen nicht verfehlen, auf das am Sonntag, 13. Februar, abends in der „Kehlschraube“ Dippoldiswalde stattfindende Gastspiel der edelmütigen Mitglieder des Dresdner Volkstheater aufmerksam zu machen, welches die altbekannte Oper „Die Regimentstochter“ bringt.

— Herr Schmiedemeister Oskar Weidhaas kann heute den Tag feiern, an dem er vor 25 Jahren bei der Firma Moritz Hille & Co. in Dresden, Klotzenwerk und Maschinensabrik eintrat. In schöner aber auch enger Zeit hat er seine volle Arbeitskraft der Firma zur Verfügung gestellt. Mancherlei Ehrungen, besonders von der Firma selbst, wurden Herrn Weidhaas aus Anlaß dieses Jubiläums zu teil.

Reinberg. Gutsbesitzer U. hier ist am Mittwoch vormittag freiwillig aus dem Leben geschieden. Das ganze Volk der gegenwärtigen Lage mag den Unglücklichen zu diesem bedeutungsvollen Schritte veranlaßt haben.

Großdissa. Der Gemeinderat bewilligte mit 8 gegen 4 Stimmen auf Vorschlag des Schulausschusses 12000 M. für Einführung der Beihilfeschule.

Pößendorf. Beim hiesigen Landesamt kamen im Monat Januar 17 Geburten (10 männliche, sieben weib-

liche, darunter je eine uneheliche), vier Aufgebote, fünf Eheschließungen, fünf Todesfälle zur Anmeldung. — Im Kampfe fürs Vaterland starb: Zimmerer Hugo Franz Töpfer, Pößendorf, Untersoffizier der Minenwerfer-Kompante 345, gefallen am 21. März 1918 bei St. Quentin, 34 J.

Dresden, 9. Februar. Die alle, nach dem Planenschen Grunde von Vorstadt Plauen aus führende Staatsstraße, die Jahrhunderte lang den Verkehr von Dresden nach Freiberg seit einigen Tagen der Straßenbahnbetriebe ausgenommen wurde, ist heute dem gesamten Verkehr freigegeben worden. — Die Verwaltungsausschüsse haben in der Sitzung am 20. Januar 1920 beschlossen, alle landwirtschaftlichen Gebäude und diejenigen industriellen und gewerblichen Gebäudearten, die in dem Zeitraum von 1900 bis 1918 weniger Beiträge bezahlte als sie Schadenersatzungen erhalten haben, in eine höhere Betriebsabteilung (I bis IX) einzustellen. Nachdem das Ministerium des Innern diese Umgestaltung genehmigt hat, sind die Brandversicherungsämter angewiesen worden, diese Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen, die betreffenden Gebäudeabteilung als unangemeldet neuzuführen und in die entsprechende Betriebsabteilung einzustellen.

Der Sächsl. Gastwirtsverband (Sitz Leipzig) hat als Geschäftsstelle aller gastwirtschaftlichen Berufsvereinigungen Sachsen dem sächsl. Wirtschaftsministerium eine Denkschrift übermittelte, in der dargelegt wird, daß das vor kurzem erlassene Verbot der Schachspiele eine schwere Schädigung des Gastwirtsberufes und der darin beschäftigten Personen im Gefolge haben werde.

Ueber „Nebennutzungen des Waldes“ wird Herr Professor Dr. von Wammen-Brandstein in der von der Dekonomischen Gesellschaft für Freitag den 18. Februar 1921, nachmittags 4 Uhr, im Weißen Saale des Fremdenhofes zu den „Drei Raben“ in Dresden, Marienstraße 20, angelegten Gesellschaftsversammlung einen Vortrag mit Bildern halten, zu dem auch Nichtmitglieder und Damen freien Zutritt haben.

Am 8. dieses Monats hat eine abermalige Auflösung Sächsl. Staatspapiere stattgefunden, von welcher die 3-jährigen Staatsschulden-Raffenscheine vom Jahre 1855 sowie die 4-jährigen Schuldverschreibungen vom Jahre 1919 betroffen worden sind.

Die Inhaber der genannten Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der „Sächsl. Staatszeitung“ und dem „Dresdener Anzeiger“ veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirks-Steuer-Einnahmungen, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Landes zu jebermanns Einsicht ausgelegt werden.

Pirna. Eine Protestversammlung der Wähler des achten Bezirkes, die jetzt hier stattfindet, hat einstimmig den Ruf nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ergehen lassen. In einer einstimmig gefassten Entschließung erklärte sich die Versammlung ferner gegen die Revisionen des Ueberwachungs Ausschusses oder der Verbraucheraussschüsse in den Wärdereien oder ähnlichen Betrieben. Man möchte sich gegen Kontrolle verwahren, für die bezügl. die Reichsgetreibeinstelle bzw. der Romanialverband zuständig seien. Die Versammlung zeigte wieder, daß Brot oder Wagenfragen stets mit besonderer Bedachtsamkeit behandelt werden. Es gilt dies sowohl für die in Frage kommenden Gewerbe, wie auch für die Allgemeinheit.

St. Egidien. Wir berichteten letzter Tage, daß der hiesige Kirchenvorstand auf Verlangen der Wehrheitsgesellschaft die Kirche zu einer Volksversammlung zur Verfügung gestellt habe. Vom Haxrami wird dazu mitgeteilt: Auf Antrag der sozialdemokratischen Ortsgruppe hat der Kirchenvorstand zu einem Vortrag „Jesus und der Sozialismus“ die Kirche zur Verfügung gestellt. Dieser Vortrag ist bereits am 9. Januar gehalten worden, und zwar von Haxrami Perzel in Oberwärtsch. Aussprache, Zwischenrufe usw. gab es dabei selbstverständlich nicht. Auch im übrigen war der Verlauf ein ruhiger und der Würde des Gotteshauses durchaus entsprechender.

Sohnig. Hier wird für 53% der Schulfinder Sitten-, für 46% Religionsunterricht und für 1% gar nichts verlangt. Da die Lehrerschaft Religionsunterricht ablehnt, soll der Kirchenvorstand für 42 Wochenstunden Hilfskräfte stellen. — Die katholische Schule wird mit der Hauptschule vereinigt. Grundbesitz und Vermögen der ersteren übernimmt die Stadt.

Deutschlands Antwort.

Die Entente ist „befriedigt“.

Die deutsche Regierung hat in Paris wissen lassen, daß sie an der Konferenz in London teilnehmen will. In ihrer Antwortnote setzt sie allerdings voraus, daß bei den Verhandlungen auch die Vorschläge besprochen werden, deren Unterbreitung auf der Konferenz sie sich vorbehält. In Paris und London wird diese Note für befriedigend angesehen. — Unweines hat man mit einer scharfen Ablehnung gerechnet, denn Reuter hebt ausdrücklich hervor, der Ton der deutschen Antwort sei verächtlicher, als ursprünglich erwartet worden sei. Dies wird dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Den Franzosen wäre vielleicht eine Absage aus Berlin lieber gewesen, dann hätten sie in London sofort ihre bekannten „Sanktionen“ in Vorschlag bringen können. Die deutsche Regierung hat ihnen aber diesen Gefallen nicht getan, sondern sie hat sich — wie schon Minister Simons im Reichstag angekündigt hat — entschlossen, den Alliierten in London genau ausgearbeitete Gegenentwürfe zu unterbreiten. Dieser Entschluß wird in der deutschen Öffentlichkeit vielfach als ein Rückzug der deutschen Regierung gedeutet. Man macht ihr zum Vorwurf, daß sie nicht fest darauf bestanden habe, daß in London nur auf der Grundlage der deutschen Gegenentwürfe, nicht aber der Pariser Beschlüsse verhandelt werde.

Diese Auffassung wird man nicht ohne weiteres teilen können. Nach wie vor erblickt die deutsche Regierung in dem Pariser Abkommen keine geeignete Basis einer ernsthaften Erörterung des Wiederherstellungsprogramms. Eine Begründung der deutschen Gegenentwürfe wäre aber kaum möglich, wenn man jede Besprechung des Pariser Entschädigungsprogramms ausgeschlossen wissen will. Gerade der Hinweis auf dessen Unannehmbarkeit und Undurchführbarkeit muß auch die Alliierten zu der Ueberzeugung bringen, daß eine vernünftige Verhandlungsgrundlage gefunden werden muß. Eine Kritik der Ententeforderungen bedeutet also noch keinesfalls ein Abgehen von dem Unannehmbar, das die Reichsregierung in völligem Einvernehmen mit dem Reichstag und dem gesamten deutschen Volk dem Pariser Diktat entgegenhält.

Aus der Antwortnote der deutschen Regierung ergibt sich ferner, daß die deutschen Gegenentwürfe sich lediglich auf die Reparation erstrecken werden. Der bayerische Standpunkt, daß Entschädigung und Entrennung gleichzeitig abzulehnen sind, konnte für die deutsche Regierung nicht maßgebend sein, da die Entwaunungsbedingungen im Friedensvertrag begründet sind und als endgültige Entscheidung des Obersten Rates angesehen werden müssen. In Bayern selbst scheint nach den letzten Meldungen die Einsicht in das Notwendige zu steigen. Niemand wird verkennen, wie schwer den Bayern die Preisgabe der Einwohnerneben fällt und wie großes Opfer sie im Interesse des ganzen deutschen Volkes bringen. Das Gebot der Stunde fordert jedoch den schweren Verzicht. Nur bei einer Erfüllung der vertraglichen Abrüstungsverpflichtungen können wir vielleicht auf einen kleinen Erfolg bei den Londoner Entschädigungsverhandlungen hoffen. Erweist sich auch diese Hoffnung als trügerisch, dann wird keine Macht die Anerkennung des Pariser Diktates von uns erzwingen können.

Sachverständigenbesprechungen über die deutschen Gegenentwürfe.

Die Sachverständigenkonferenz zur Besprechung der deutschen Gegenentwürfe für London hat am Mittwoch im Auslandigen Amt begonnen. An den Beratungen nahmen dieselben Herren teil, die sich auch schon an den Vorarbeiten für die Brüsseler Konferenz beteiligt haben. Es sind die führenden Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, darunter natürlich auch Vertreter der Arbeiterschaft, wie Deutsch, Wiedfeldt, Urbig, von Stauff, Reichhior, Warburg, Cuno, Rathenau, Simons, Que, Döfler, Silberstein u. a., im ganzen gegen 40 Personen.

In Berlin liegt eine Reihe von Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß bereits zahlreiche ausländische Kaufleute ihre Bestellungen in Deutschland annehme haben, weil sie befürchten, daß sie die Ausfuhrabgaben bezahlen müssen, die der Vorschlag der Pariser Konferenz vorstellt.

Die Unzufriedenen.

Stürmische Reparationsdebatte in Paris.

An der französischen Kammer wurde am Dienstag die Aussprache über die Pariser Beschlüsse wieder aufgenommen. Wie vorausgesehen war, benutzte die „Partei der Unzufriedenen“ abermals die Gelegenheit, um gegen das Kabinett Briand wegen seiner „nachgiebigen“ Haltung auf der Pariser Konferenz Sturm zu laufen.

Den Auftakt zu der stürmischen Auseinandersetzung bildete eine Rede des Konservativen de Ma-gallone, der die einzige Sicherheit für die Erhaltung des Friedens in der Befestigung des Ruhrgebietes und in der Auflösung des Rheinlandes von Preußen erblickte. Dann sprach der Radikale Klotz, der unter Clemenceau Finanzminister war und als solcher an der Friedenskonferenz teilgenommen hat. Er bemängelte, daß die Zwangsmaßnahmen dem deutschen Schuldner nicht mitgeteilt worden sind. Darauf erklärte Briand,

da Strafmaßnahmen seien ureigenste Angelegenheit der Alliierten.

Hätte man Deutschland davon Mitteilung gemacht, so hätte man ihnen gleichzeitig Gegenäußerungen gestattet, das aber erlauben die französischen Interessen nicht. Im Anschluß an diese Äußerungen entspann sich ein heftiges Redewechsel zwischen Klotz und Briand, in dessen Verlauf letzterer die Vertrauensfrage stellte.

Phantastische Bismern.

Nach Briand verteidigte der Wiederaufbauminister Doucheur das Pariser Abkommen. Die deutsche

Handelsbilanz müsse mit 12 bis 13 Milliarden Goldmark aktiv bleiben. Er glaube, daß die deutsche Ausfuhr 20 bis 25 Milliarden Goldmark betragen könne. (1) Deutschland habe vor dem Kriege für 13 Milliarden ausgeführt. Wenn man den Wert von Elsaß-Lothringen, der Saarregion und Oberschlesiens abrechne, gelange man zu 10 Milliarden Mark für fünf oder sechs Jahre.

Auf die Frage, wie man die Forderungen „mobilisieren“ könne, antwortete Doucheur, die französische Regierung habe Obligationen vorgesehen, die sie abgeben könne. Deutsche Forderungen wolle man nur zulassen, soweit sie der französischen Industrie keinen Schaden zufügten. Rohmaterialien im Gegenteil, die der französischen Industrie fehlten, und auch eine Mehrleistung an Rohstoffen seien für Deutschland ein Zahlungsmittel. Im übrigen trat Doucheur für vollständige Leistung der Wiedergutmachung ein.

Die Vertrauensklärung für Briand.

Die Tagesordnung Fabry, deren Annahme Briand fordern wird, hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer vertraut der Regierung, daß sie die begonnenen Unterhandlungen in vollem Einvernehmen mit unseren Alliierten fortsetzt, um die volle Abrüstung Deutschlands herbeizuführen, die Rechte Frankreichs auf seine Wiedergutmachungen zu wahren und die unerlässlichen finanziellen Erleichterungen für seine wirtschaftliche Wiederherstellung zu realisieren. Sie reschneit auch auf die Festigkeit der Regierung in der Anwendung aller Sanktionen, die notwendig sind und dazu bestimmt sind, die Ausführung des Versailler Vertrages zu garantieren, und geht zur Tagesordnung über.“

Zu einer Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Regierung ist es noch nicht gekommen.

Die Ausführungen Doucheurs zeigen zur Genüge, auf welcher sinnlosen Voraussetzungen die Pariser Beschlüsse aufgebaut sind. Seine Angaben über die Ausfuhr Deutschlands und über ihre Steigerungsmöglichkeit sind schon mehr als phantastisch. Im letzten Friedensjahr betrug die deutsche Ausfuhr etwa 10 Milliarden, ebensoviel im Jahre 1920. Die Handelsbilanz war im letzten Friedensjahr passiv, im Jahre 1920 standen der Ausfuhr von 10 891 Millionen 32 376 Millionen Einfuhr gegenüber. Von einer aktiven Handelsbilanz war und ist also keine Rede.

Eine Steigerungsmöglichkeit der deutschen Ausfuhr, wie sie Doucheur ohne weiteres annimmt, ist erst recht nicht vorhanden. Wenn die Entente, und insbesondere die französische Regierung, ihre Milliardenforderungen auf derartig unsicheren, wenn nicht falschen, Voraussetzungen aufbaut, so darf sie sich nicht darüber wundern, daß man in Deutschland für solche Rechenkunststücke kein Verständnis zeigen will.

Hindenburg in Bremen.

Stapellauf des Dampfers „Hindenburg“.

Auf der Werft des Bremer Vulkan in Begesack fand am Dienstag der Stapellauf des für Hugo Stinnes erbauten 12 000 Tonnen-Frachtdampfers „Hindenburg“ statt. Mit dem Generalfeldmarschall war auch Ludendorff zu der Feier eingetroffen.

In seiner Laudatio bezeichnete Hindenburg den Stapellauf des stolzen Schiffes als tröstlichen Beweis dafür, daß die feste Entschlossenheit zum Wiederaufbau eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Besserung der heutigen Zustände bei uns vorhanden ist. Der Feldmarschall schloß seine mit großem Jubel aufgenommene Rede mit folgenden Worten:

„So ziehe denn hin über das weite Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den redlichen Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, so lange es ihm die Ehre erlaubt, und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, das die Menschheit einander näher bringt. Sie Ihren Wert gegenseitig erkennen und schätzen läßt und den neidlosen Austausch der Leistungen ihrer Weisheit, ihrer Handarbeit und ihres Fleisches ermöglicht. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten, der die Schrecken des Krieges kennt und deshalb die Abwendung eines ewigen Friedens höchst wünscht. Darum gebe ich die meinen Namen, den herrlichen Werkzeuge friedlichen Verkehrs: Du sollst „Hindenburg“ heißen.“

Nach diesen Worten erfolgte der Stapellauf unter großer Begeisterung der nach Tausenden zählenden Zuschauer glatt und ohne Zwischenfall.

Dem Stapellauf ist eine Abstimmung in der Arbeiterschaft vorausgegangen. Die unstrahlende Arbeiterschaft hatte dagegen protestiert, daß der Name Hindenburg am Schiff angebracht wurde. Der Arbeitererrat hatte dann eine Abstimmung veranstaltet, bei der die 800 Angefertigten einstimmig, die Arbeiter mit 30 Stimmen Mehrheit für den Namen „Hindenburg“ sich entschieden haben.

Die Stadt Bremen hat dem großen Feldmarschall als ihrem Ehrenbürger einen begeisterten Empfang bereitet. Vor dem Bahnhof und seinem Hotel wurden ihm in großer Zahl stürmische Guldigungen dargebracht. Aus Anlaß der Anwesenheit Hindenburgs fiel am Mittwoch in sämtlichen Bremer Schulen der Unterricht aus.

Hindenburg über Oberschlesien.

Der Feldmarschall gewährte einem Mitarbeiter der „Befreiung“ eine Unterredung, in der ein einleitend betonte, daß wir heute alle einig sein müßten. Unser Unglück sei unsere Eigenbrödelerei. Auf die außenpolitische Lage übergehend, erklärte Hindenburg, daß besonders die mittelständischen Führer in Frankreich die Angst vor Deutschland nicht los werden könnten. Das Verhalten der Franzosen nach dem Ruhrgebiet hält der Feldherr für eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr. Dadurch aber dürfe sich die Regierung nicht einschüchtern lassen, sondern müsse fest bleiben. Das verlange schon die Würde. Der Abstimmung in Oberschlesien steht Hindenburg mit Vertrauen entgegen. Die Vorgänge in Oberschlesien müßten abschreckend gegenüber Polen wirken; dazu käme der Verlust bei einem Uebergang Oberschlesiens an Polen, außerdem das allgemeine kulturelle Herabstinken. Nicht zuletzt die Aussicht für die Oberschlesier, in das polnische

Meer zum drohenden Kampf gegen Rußland eingestellt zu werden, müßte eine für Deutschland große und glückliche Rolle bei der Abstimmung spielen.

Rückkehr deutscher Rußlandfahrer.

Die Begunnen des Volkseisenbaus.

Mit dem Dampfer „Bagdad“ sind Ende Januar aus Rußland einige Hundert Deutsche zurückgekehrt, darunter auch sechs Personen, die im Sommer vorigen Jahres von der „Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland“ durch falsche Schilderungen zur Auswanderung verlockt waren. Diese Interessengemeinschaft, an deren Spitze Alfons Goldschmidt steht, hat sich längst in „Proletarische Auswandererorganisation“ umbenannt. Offenbar hofft die genannte Vereinigung durch diese Umbenennung sich gegen die Anklagen der in Rußland in suchtbare Elend und entsetzliche Not geratenen, von ihr zur Auswanderung verlockten Leute zu schützen und auf diese Weise sich um die Entschädigungsforderungen der Rückkehrer zu brüden.

Bekanntlich ist von den als Arbeiter durch die „Interessengemeinschaft“ zur Auswanderung veranlaßten Personen bereits eine große Anzahl zurückgekehrt, während man von den als Siedler ausgewanderten Personen wenig hört. Wie die jetzt mit der „Bagdad“ zurückgekehrten Personen, die zur Siedlergruppe gehörten, erzählen, sind von den Siedlern in Sowjetrußland sechs Personen bereits an der Ruhr gestorben. Die Siedler, die, wie man ihnen in Deutschland versprochen hatte, im Gouvernemet Wlatta angesiedelt werden sollten, sind in Wirklichkeit in das Wolgagebiet, und zwar in das Gouvernemet Saratow weitergeleitet worden. In der Nähe der Stadt Saratow wurden die Ansiedler auf einem völlig verwahrlosten Gute untergebracht. Für die Ankunft der Siedler war nichts vorbereitet. Die Frauen und Kinder wurden in einer leerstehenden Schule, die bisher als Suchenlazarett gedient hatte, untergebracht, während die Männer, von ihnen getrennt, in zwei Scheunen Unterkunft fanden.

Die Verpflegung war durchaus unzureichend und bestand aus einem Pfund Brot (400 Gramm), 100 Gramm Kaffee (Größe) und 100 Gramm Fleisch pro Tag und Person. Hin und wieder gab es Milch. Da die Nationen bei der schweren Arbeit der Ansiedler, die bis 12 Stunden täglich arbeiteten, und auch am Sonntag nicht feierten, nicht ausreichte, sahen sich die Siedler gezwungen, auf den umliegenden russischen Dörfern und in den deutschen Kolonien (Klein-Basel und Friedenau) durch Tausch von aus Deutschland mitgebrachten Äpfeln, Schiffsfern, Zigarren, Zigaretten usw. sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Die Siedler waren auch durchaus unzureichend gekleidet, die Interessengemeinschaft und die russischen Behörden hatten in keiner Weise für warme Kleidung gesorgt. Infolgedessen mußten die Siedler allmählich ihr Handwerkszeug, ihre Uhren und sonstigen Habseligkeiten gegen warme Kleider und Filzschuhe eintauschen. Schon im Oktober wollten die meisten der Siedler wieder nach Deutschland zurück. Die schlechte Unterkunft, mangelhafte Ernährung, Krankheiten und das despotische Vorgehen der bolschewistischen Kommissare ließen die Siedler feilsch und körperlich zusammenbrechen.

Wie der Kommunismus in der Praxis gehandhabt wird, zeigt eine kleine Geschichte, die einer der zurückgekehrten Siedler erzählt: Mit unendlicher Mühe hatte er mit Hilfe eines Anverwandten einen Schweinestall umgebaut und einzelne Kammern in ihm hergerichtet, um ein einigermaßen erträgliches Obdach für sich zu haben. Nachdem er eine Kammer mit einem von ihm selbst hergestellten Ofen ausgestattet hatte und eingezogen war, wurde ihm vom bolschewistischen Gutsverwalter befohlen, sofort auszugehen und sich ein anderes Zimmer zu suchen, da das Zimmer, das der Siedler für sich hergerichtet hatte, für den Gehilfen des Gutverwalters bestimmt sei. Von dieser Art Kommunismus hatte der deutsche Siedler nun genug.

Im November begannen die Wittgesuche um die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren. Die zurückgekehrten Siedler sind ausnahmslos der Ueberzeugung, daß das kommunistische System nicht zu bewerkstelligen ist. Die Hauptschuld für die trübseligen Zustände in Rußland liegt ihrer Ansicht nach bei den Kommissaren, die für ihre eigene Tasche arbeiten und äußerst verhaft sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 10. Februar 1921.

— Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transportes amerikanischer Milch für Bremen hat der Ernährungsminister Hermes den amerikanischen Gesandten telegraphisch den Dank der Regierung übermittelt.

— Der Reichseisenbahn-Rat wird am 11. d. M. zusammentreten, um zu der Frage der Tarifserhöhung, insbesondere zu dem Ausmaß der Erhöhung, Stellung zu nehmen.

— Das Reichsarbeitsministerium hat beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung für gewisse Teile des schiffischen Boglandes von 10 auf 12 Mark zu erhöhen, und zwar mit Wirkung vom 1. November d. J. ab.

— Dem Reichstag ist aus Erfurter Unternehmerkreisen eine Eingabe zugegangen, in der um die Aufhebung des Nachtstundenabganges für Familienväter, die im Interesse ihrer Familie länger arbeiten wollen, gebeten wird.

— Der Reichstagsabgeordnete Erich Mader, Hauptmann der Deutschen Volkspartei, hat sein Mandat zum Reichstag niedergelegt. An seine Stelle tritt der Landwirt Franz Dene, Wirtshausen bei Niederpöcking.

— Der Hamburger Senat hat die Patenschaft für die Frelegende Nationalität des Verbandes heimatreuer Oberschlesier übernommen.

— Bisher 301 Dampfschiffe an England abgeliefert. Reuter meldet: Es sind bis jetzt 301 feindliche Dampfschiffe auf Grund des Friedensvertrages an das britische Reich abgeliefert worden, wovon bereits 188 verkauft wurden, davon Passagierschiffe von insgesamt 168 497 Tonnen und Frachtdampfer von 755 531 T.

M...
E...
A...
B...
C...
D...
E...
F...
G...
H...
I...
K...
L...
M...
N...
O...
P...
Q...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Von den unterkauften Schiffen sind 332.654 Tonnen
Bassanierdampfer und 715.132 Tonnen Frachtschiffe.

Colonialer Gedentag. Am dem kolonialen Ge-
danken neue Lebenskraft zu geben, regen die „Afrika-
Nachrichten“, das Blatt der Kolonialdeutschen, die
Schaffung eines kolo. ialen Gedentages an. Es soll an
einem noch festzulegenden Jahrestage in allen Schulen
des Reiches und in allen Städten der Gedanke an die
ehemaligen deutschen Kolonien und unser Recht auf
ihren Besitz gepflegt und durch eine alljährlich wieder-
kehrende Protestkundgebung unser Wille nach Wieder-
erlangung der geraubten Schutzgebiete bezeugt werden.

Dr. Hermes über den Abbau der Zwangswirtschaft.
In einer vor Beratern des Bremerischen Groß-
handels gehaltenen Rede versicherte der Reichsernährungs-
minister Dr. Hermes, daß mit dem Abbau der
Zwangswirtschaft fortgeschritten werde und er ein
Wegweiser aller Gebilde sei, die in ihrer Struktur an
die Zwangswirtschaft erinnern. Die Förderung der
Handels betraachte er als vaterländische Aufgabe, die
mit allen Mitteln durchgeführt werden müsse. Mit
der Förderung des Handels sei der Schutz des Ver-
brauchers zu verbinden. In der Getreidewirtschaft mäch-
ten wir zu einem System kommen, welches der Land-
wirtschaft mehr Rechnung trage. Deshalb müßte das
Wirtschaftsleben entpolitisiert werden. Gegen ein Ge-
treidemonopol habe er die größten Bedenken und werde
diesem Gedanken auch mit allem Nachdruck vertreten.

**Kein Abbau der Zwangswirtschaft für Milch
und Butter.** Aus dem Reichsministerium für Ernährung
und Landwirtschaft wird geschrieben: In weiten
Kreisen der Öffentlichkeit wird immer wieder die Meinung
verbreitet, daß ein Abbau der Zwangswirtschaft
für Milch im kommenden Frühjahr — es wird sogar
vielfach als bestimmter Zeitpunkt der 1. Mai genannt
— geplant sei. Diese Annahme ist irrig. Die Vor-
schriften für die Bewirtschaftung der Milch können,
wie wiederholt ausdrücklich erklärt worden ist, bei der
gegenwärtigen Lage der Milchproduktion nicht ent-
beht werden. Um dem steigenden Bedürfnis nach
Milch gerecht zu werden, wird nachträglich darauf hin-
gewirkt, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der
gegenwärtigen Bewirtschaftungsbedingungen, insbeson-
dere der bestehenden Lieferungsbeziehungen im Wege
der Lieferungsverträge mehr Milch für die milchnot-
leidende Bevölkerung zu beschaffen. Für Butter gilt
das gleiche, da Milch und Butter organisch zusam-
mengegehören und eine abweichende Regelung der But-
terwirtschaft die notwendige Frischmilchversorgung der
Kinder und Kranken ernstlich gefährden würde.

Polnische Maßnahmen in Oberschlesien. Das
polnische Abkommenskommissariat in Weizsäcker, dessen
Leiter bekanntlich Korfanty ist, läßt kein Mittel un-
benutzt, um die Abstimmung des Reichs-Oberschlesien
zu hindern. Neuerdings verspricht das polnische
Abkommenskommissariat für den Kreis Gleiwitz an die Unter-
organisationen ein Dokument, in dem es im Auftrage
des Weizsäcker Kommissariats darum bittet, daß die
Gemeindevorstände Entschlüsse in dem Sinne
fassen möchten, daß sie keine Gemeindegebäude zur
Unterbringung der zur Abstimmung kommenden Emi-
granten hergeben. Diese Beschlüsse sollen mit der
Tatsache begründet werden, daß die aus Deutschland
kommenden Emigranten den Frieden im Abkommens-
gebiet fördern sowie durch Gewalt und Terrorakte das
Abstimmungsergebnis stören wollen. — Alle diese
Maßnahmen werden die Reichsoberbehörde nicht davon
abhalten können, die Reise in die ober-schlesische
Heimat anzutreten und ihre Stimme für das deutsche
Oberschlesien abzugeben. Bisher sind 1.150.000 Ab-
stimmungsberechtigte in Oberschlesien und aus dem
Reiche eingetragenen worden. Die Zahl dürfte noch auf
1.250.000 anwachsen, von denen der überwiegende Teil
deutsch stimmen wird.

Englische Einladung nach London.
Nachdem der französische Botschafter im Auftrag
des Präsidenten der Pariser Konferenz dem Minister
Simons die Einladung nach London überbracht hat, ist
nunmehr auch von der englischen Regierung die so-
formale Einladung eingegangen. Die Reichsregierung
wird diese Aufforderung zusammen mit ihrer Antwort
darauf, die schriftlich erteilt werden soll, veröffent-
lichen.

Die deutschen Vertreter für London.
Wie die „Post“ berichtet, werden die Reichs-
minister Dr. Simons und Dr. Birth als Be-
treiber der deutschen Regierung nach London gehen. Die
Minister werden von einem Stabe politischer, in erster
Reihe aber finanzieller Sachverständigen begleitet sein.

Die bayerische Krise.
Wie der „Vorwärts“ aus München erfährt, ist
eine Entscheidung der bayerischen Regierung über ihre
Stellung gegenüber den Ententeforderungen, soweit die
Entwaffnungsfrage in Betracht kommt, noch immer
nicht gefällig. Die Verhandlungen mit den Fraktions-
führern dauern an.

Im Augenblick ist noch nicht abzusehen, ob der
Ministerrat sich nochmals versammelt. Vielleicht muß
das Kabinett schon vorher der Einsicht weichen, daß
zunehmend der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Einwoh-
nerwehren den höheren, gemeinsamen deutschen Inter-
essen geopfert werden müssen.

Neuer Willkürakt im Saargebiet.
Die Regierungskommission des Saargebiets hat
vor einiger Zeit dem Beitritt des Saargebiets zu den
drei großen internationalen Verkehrsvereinigungen,
nämlich dem Weltpostverein, dem Welttelegraphenverein
und der durch das Abkommen über den internationalen
Eisenbahnverkehr gebildeten Union beantragt. Dieser
Antrag widerspricht dem Friedensver-
trag, weil das Saargebiet ein selbständiger Staat,
sondern trotz der Fremdbewirtschaftung deutsches Ge-
biet ist. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung
bei den zuständigen Stellen gegen den Beitritt des
Saargebiets zu den internationalen Verkehrsvereini-
gungen die Verwahrung eingelegt und erklärt, daß
sie ihn nicht anerkennen.

Rundschau im Auslande.

**Der Volkstag in Danzig beschloß nach errega-
tem Auseinandergehen, in deren Verlauf die sozialis-
tischen Parteien den Sitzungssaal verlassen, das General-
kommando zu räumen, um es dem Oberkommissar General
Goring als Wohnung zur Verfügung zu stellen.**

**Der schweizerische Bundesrat hat das Gesuch,
die zur Durchführung der Volksabstimmung nach Wilna zu
entsendenden Bändertruppen durch die Schweiz durch-
zulassen, abgelehnt.**

**Frankreich bestrebt gegenwärtig so viel deutsche
Kohlen, daß es nach einer Meldung der „Times“ auf enge-
liche Kohlen vorerst verzichtet.**

**Die griechische Mission für London wird auf
der Einhaltung des türkischen Vertrages von Sevres als
einem Mindestmaß für die Erfüllung der griechischen nationa-
len Wünsche bestehen.**

**Das Haus des Erzbischofs von Mexiko wurde
durch eine Bombenexplosion zerstört. Der Erzbischof hatte
sich kürzlich in einer Predigt gegen den Bolschewismus
gewandt.**

**Dem ersten, nach dem Kriege in Montevideo, dem
Haupthafen Uruguays eingelassenen deutschen Handels-
dampfer „Deutschland“ wurde ein überaus herzlicher Empfang
bereitet.**

Polen: Posener Vertimmung gegen Polen.
Aus dem Posener Gebiet erfährt man immer häufiger,
daß die Posener Polen die ober-schlesische Abstimmung
mit besonderem Interesse verfolgen. Die pol-
nische Regierung hat durch ihre Unfähigkeit in Polen eine
gewisse Trauer um die dahingegangene unbedingt korrek-
te deutsche Verwaltung hervorgerufen. Wenn man auch in
amtlichen Kreisen nichts davon hören will, so hoffen doch
in der Bevölkerung große Teile bei einem ober-schlesischen
Votum für Deutschland auf die Posener Bindung zu lockern.

**Rumänien: Prinzliche Hochzeiten in Bukarest und
Athen.**
Die Hochzeit der Prinzessin Elisabeth von Rumä-
nien mit dem Kronprinzen von Griechenland wird am
27. Februar in Bukarest stattfinden. Die Vermählung des
Prinzen Karol mit der Prinzessin Helen: von Griechenland
erfolgt einige Tage später in Athen.

Irland: Vom irischen Kriegsschauplatz.
Der Anführer der Sinnfeinerarmee, Collins, soll in
einem Gefecht, das sich zwischen einer Polizeibrigade und
einem großen Trupp Unzufriedener abgespielt hat, getötet
worden sein. In Belfast wurde bei einem Zusammenstoß
ein Polizist getötet und vier andere schwer verletzt. In der
Grafschaft Tipperary kam es ebenfalls zu Zusammenstößen,
die auf beiden Seiten einige Opfer kosteten. In Dublin
brangen drei bewaffnete Männer in eine der Filialen
der Nationalbank ein, bedrohten das Personal mit Mes-
seln und entkamen mit annähernd 1000 Pfund Sterling.

**Griechenland: Das Programm für die Londoner
Konferenz.**
Nach dem Rücktritt des den Alliierten nicht genehmen
Kabinetts Kallias hat der König Kallologos mit der
Bildung der neuen Regierung beauftragt. Der neue Mini-
sterpräsident teilte der Kammer mit, daß sein Programm
dasselbe sei wie dasjenige des Kabinetts Kallias. Die
griechische Mission für London werde auf der Einhaltung
des türkischen Friedensvertrages von Sevres bestehen, da
er bezüglich der territorialen Grenzen Griechenlands das
Mindestmaß darstelle, was das griechische Volk mit Rück-
sicht auf seine Opfer von den Alliierten verlangen könne.
Besonders scharf ist der Vertrag den Griechen Thrakien
und das Gebiet von Smyrna in Kleinasien zu.

Soziales.

Erwerblosen in Berlin. Charakteristisch für das
Erwerblosen-Problem sind stets die
Berliner Boffern. Während im November 50.500 Er-
werblose in Berlin unterstellt wurden, ist diese Zahl
im Dezember um 7000 gestiegen, davon sind 45.600
Männer und 12.000 Frauen. Gegenüber einem Ab-
gang von 9500 Personen beträgt der Zugang an Er-
werblosen 16.500. Infolge Arbeitslosigkeit schweben
aus der Zahl der Unterstestellten 7200 Personen aus.
Von den 57.600 Erwerblosen waren von den männ-
lichen 38.700 über 21 Jahre alt und 21.380 verheir-
atet, von den weiblichen 10.800 über 21 Jahre und
2970 verheiratet, 4000 verwitwet.

Wohnungen auf dem Lande. In seiner
letzten Sitzung hat der Reichstag ohne Aussprache eine
bemerkenswerte Vorlage des Wohnungsausschusses der
Regierung zur Verdrängung Aberwießen. Es han-
delt sich um eine Eingabe des Zweckerverbandes für Fura-
erfassungsfragen. Darin wird darauf hingewiesen,
daß die vom Zweckerverband Beschäftigten aus Nürnberg
und anderen Städten stammenden 2300 Arbeiter aus-
schließlich auf dem Lande untergebracht sind. Bei der
Wohnungsbeschaffung habe es sich herausgestellt, daß
auf dem Lande noch eine ungeahnte Zahl von leer-
stehenden Häusern — es sind dies Bauernhäuser von
zerstümmerten Höfen und sogenannte Auktionshäuser
— vorhanden sind, deren Bewirtschaftung für die Linderung
der Wohnungsnot in den Städten von Bedeutung
werden könnte, wenn sie richtig organisiert würde. Nach
Ansicht des Zweckerverbandes wäre es ohne erhebliche
Kosten möglich, fehlende Handwerker auf das Land
zu verpflanzen oder durch Bearbeitung kulturfähigen
Landes und Erschließung von Bodenschätzen loh-
nende Beschäftigung für die Zurückgehenden zu schaffen.

Sport und Verkehr.

Wiederkehr zwischen Deutschland und England.
In den letzten Wochen haben Versuche stattgefunden,
um einen funktentelegraphischen Verkehr zwischen Eng-
land und Deutschland einzurichten. Sie haben ein
günstiges Ergebnis gehabt, so daß seit einigen Tagen
zur Beförderung von Telegrammen übergegangen wer-
den konnte. In England dient als Sendestelle die Sta-
tion Stonehaven in Schottland, der Empfang geht in
London vor sich. Auf deutscher Seite konnte die Ein-
richtung so getroffen werden, daß das Senden und
das Aufnehmen beim Haupt-Telegraphenamt in Berlin
erfolgt. Durch sogenannte Fernstaltung wird nämlich
von diesem Amt aus die Sendeeinrichtung in Königs-
Wusterhausen betätigt, während eine Drahtübertragung
die in Lettow bewirkte Fernaufnahme zum Haupttele-
graphenamt vermittelt.
× **Beförderung der Telegramme auf dem Draht-
oder Funkwege.** Am Telegraphenverkehr innerhalb des

Deutschen Reiches sowie mit den europäischen Ländern
hat sich die Telegraphenverwaltung im allgemeinen die
Wahl unter den zu benutzenden Verkehrsmitteln (ob
Draht oder Funkweg) vorbehalten. Befürchtet jedoch
der Absender ein Mißgehen seines Telegrammes durch
Unbefugte und zieht er deshalb die Drahtbeförderung
vor, so muß er im Telegrammformular an der für
die Wegangabe vorgesehenen Stelle den gebührenfreien
Bemerkung „Draht“ niederschreiben. Bei Telegrammen,
die über Deutschland hinaus nach europäischen Ländern
gerichtet sind, ist in diesem Fall entsprechend den Be-
schlüssen der Europäischen Verkehrs-Konferenz in Pa-
ris von Juli 1920 das Wort „Sil“ anzuwenden.

Aus Stadt und Land.

Die Unterernährung der deutschen Kinder. Die
„Tägliche Rundschau“ berichtet aus Offenbach a. M.
Der Bericht des Stadtschulrates über das Ergebnis
einer Untersuchung an den Offenbacher Schulkindern
gesteht einen traurigen Einblick in den Gesundheits-
zustand unserer Jugend. Unterernährt waren in den
Volksschulen 42 v. H., in den höheren Schulen 81
v. H. Gut ernährt waren 8 und 17 v. H. Das blasse
und schlechte Aussehen sowie die krankliche Beschaffen-
heit der Kinder dieser Industriestadt ist besonders aus-
fallend. Direkt krank waren 39 v. H. der Volksschul-
ler und 25 v. H. der Kinder an den höheren Schu-
len, gesund sahen nur 16 und 23 v. H. aus. Zu-
sammenfassend wurde bei 40 v. H. der Volksschulkinder
der Gesundheitszustand für gefährdet erklärt.

Selbstmord aus Angst vor Verleumdung. In
Tegel bei Berlin wurde der ehemalige Leutnant der
Reserve Kretzel mit einer Stichwunde in der Brust
schwer verletzt aufgefunden. Er war im Kriege schwer
verwundet worden und gehörte zu den Infanteristen des
Lazaretts in Tegel, das er jetzt verlassen mußte, weil
die Schließung dieses Lazaretts von der Behörde an-
geordnet war. Kretzel fürchtete nun, daß er ander-
weitig nicht unterkommen könnte und hat, wie aus
den vorgefundenen Briefen und den Abschiedszetteln
an seine Angehörigen hervorgeht, aus Angst vor Ver-
leumdung seinem Leben ein Ende bereitet. Kretzel starb
noch am gleichen Tage.

Abbruch des Wildschusses in der Pfalz. Der
große Abschussjagdzeit der freien Bauernschaft
in der Pfalz ist nunmehr bedingungslos abgebrochen
worden, nachdem sich die Regierung gewelkelt hatte,
sich in irgend welche Verhandlungen über die Wild-
preisfrage einzulassen, so lange der Streik andauert.

Bohottierung der Marburger Studenten. Eine
Anordnung der Marburger Studenten wollte die Loko-
motivefabrik Henschel in Kassel beschließen. Sofort stel-
len die Arbeiter die Arbeit ein. Die Studenten muß-
ten die Fabrik verlassen, worauf der Betrieb in vollem
Umfange wieder aufgenommen wurde.

Karnevalsbetrieb im besetzten Gebiet. Von
französischen Kontrollanten in Landau in der Pfalz ist
dem „Landauer Anzeiger“ zufolge eine Verfügung über
das Verbot des Faschings für die Pfalz nicht geneh-

ligt worden. Auch in Tachen ist trotz aller Bitten,
mit Rücksicht auf die ernste Zeit jede Karnevals-Ver-
anstaltung zu unterlassen, unter leibhaftigem Unter-
nehmen der belgischen Besatzung Fasching gefeiert worden.

Wilderei in Mitteldeutschland. Das Dorf
Kosch bei Magdeburg wurde von einer 15 Mann starken
Künderbande überfallen. Die Räuber hatten bereits
Geld und Lebensmittel erbeutet, wurden dann aber ver-
scheucht. Einige der Bande konnte festgenommen wer-
den, die anderen entkamen in den naßen Wald.

Der Waffenschatz in Berliner Westen. Wie das
Berliner Volkspräsidium meldet, ist ihm der Beweis
gelungen, daß die Berliner Eserichs-Organisation, der
sogen. „Berliner Heimatsverband“, über Waffen verfügt.
Es wurden nämlich am 5. Februar in der Frankens-
allee zu Westend etwa 40 Maschinengewehre,
40.000 Schuß Munition sowie einige Karabiner
polizeilich beschlagnahmt und nach den getroffenen po-
lizeilichen Feststellungen sind diese Waffen von einem
der Gründer und Leiter des Berliner Heimatsverban-
des, dem Gerichtsassessor Dr. Joachim Dehl-Charlot-
tenburg, zusammen mit mehreren anderen Angehörigen
des Heimatsverbandes nach Westend gebracht worden.
Die Ermittlungen über die Herkunft der Waffen sind
noch nicht abgeschlossen. Dehl und Genossen haben
sich nach der Verurteilung des Reichspräsidenten vom
30. Mai 1920 sowie nach Par. 13 des Reichsentschaffungs-
gesetzes vom 7. August 1920 strafbar gemacht.
Dehl selbst ist flüchtig. Fahndungsmaßnahmen gegen
Dehl sind im Gange.

In Berlin befinden sich etwa 3000 bis 4000 Schnei-
der und Schneidmaschinen der Herren- und Damenkonfektion
im Streit.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 9. Februar. (Vorse.) Auf die Nachricht
von einer merklichen Höherbewertung der deutschen Mar-
kten an der New Yorker Börse setzte die heutige Börse mit
teilweise kräftigen Preisrückholungen auf sämtlichen Markt-
bieten ein. Goldstärke 240-250 Mark. Die Sparprämien-
anleihe 100 auf 84,80 Prozent an.

3. Klasse 178. Sächsl. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, hinter welchen kein Gewinn steht, sind mit 200 Mark gezogen
worden. (Ohne Gewähr der Richtigkeit. — Nachdruck verboten.)

1. Ziehungsstag vom 9. Februar 1921.

40000	11529	4. 6. 12. 18. 24. 30. 36. 42. 48. 54. 60. 66. 72. 78. 84. 90. 96. 102. 108. 114. 120. 126. 132. 138. 144. 150. 156. 162. 168. 174. 180. 186. 192. 198. 204. 210. 216. 222. 228. 234. 240. 246. 252. 258. 264. 270. 276. 282. 288. 294. 300. 306. 312. 318. 324. 330. 336. 342. 348. 354. 360. 366. 372. 378. 384. 390. 396. 402. 408. 414. 420. 426. 432. 438. 444. 450. 456. 462. 468. 474. 480. 486. 492. 498.	
10000	52712	10000	52712
5000	68777	5000	68777

Das Soziale im Turnen, Spiel und Sport.

Von Marie Friedheim.

Höchste Leistungsfähigkeit des menschlichen Körpers und Geistes, vollendete Harmonie, das ist das Ideal, an dessen Verwirklichung Turnen, Sport und Spiel arbeiten. Reibung treiben, ganz gleich welcher Art, heißt daher ein allen Ausübenden gemeinsames Ideal im Herzen tragen, nach körperlicher Verbollkommnung streben, heißt gemeinsame Arbeit leisten, heißt gleiche Liebe für die Schönheiten und Segnungen des Sports und Freude an den Erfolgen empfinden. In keinem Wettkampf um die Siegeslorbeeren ringen, heißt Kraft an Kraft, Willen an Willen, Können an Können messen, in gleichem Denken, Fühlen und Wollen, ist edelstes gemeinsames Erleben!

Gemeinsam empfundenen Erlebnis zwingt die fremdesten Seelen zusammen, glühendes Streben läßt nach dem Wettkampf Gegner Freunde sein, läßt die Herzen in treuer Kameradschaft und Begeisterung glücken und sprühen und schmelzen und schließt sie zusammen zu gleichem Geist, gleicher Gesinnung, zu stählertem Trotz gegen feindliche Mächte.

Turner- und Sportgeist schlingt ein festes Band um alle Gleichgesinnten, sie umschließen zu einer eigenen Gemeinde. Geseigt durch ungeschriebene, nur unauflöslich in ihre Herzen eingegrabene moralische und ethische Gesetze, steht wie ein roter Faden durch ihr ganzes Tun der Wahlspruch: Stähle Deine Kraft und meißere Deinen Willen, verlaß dich nur auf dein Können, so öffnet sich dir jedes Tor zu Freiheit und Glück im Leben.

Freiheit und Glück! Sind das nicht Dinge, die jeder sich wünscht, und die doch nur einigen Auserwählten beschieden zu sein scheinen? Nein, nicht nur wenigen Bevorzugten sind diese höchsten Güter in Wirklichkeit zugänglich, sie sind weder mit Gold käuflich noch durch Befreiung zu erlösen, sie sind für alle erreichbar, auf einem für alle gangbaren Wege:

Denn Leibesübung stärkt Kraft und Energie, Leibesübung bringt das leuchtendste Bewußtsein, das Entschlossenheit und Ausdauer, wurzelnd in körperlicher Tüchtigkeit, ureigenes Können, basierend auf Arbeit und harter, selbstbezogener Wille keine Hemmungen, noch Hindernisse kennen. Leibesübung schafft das Frohgeseh, durch eigene Tatkraft im Leben seinen Mann zu stehen, biegt den Rücken nicht krumm vor Reichum, Tadeln und Würden, schafft stolze, innerste Unabhängigkeit, Glück und Freiheit, schafft höchste Achtung allein vor höchster Leistung, vor Arbeit!

Wilt doch beim Schwung ums Neck nicht ein gefällter Geldbeutel, nur Kraft und Energie, nur ureigenes Können. Am Start haben einflussreiche Verwandte keine Stimme, keine "Beziehung" nützt, nur eiserner Wille entscheidet den Sieg. Väterliche Phrasen sind blaues Blut und vornehme Mäuren bei steil ablaufender Skifahrt, beim Sprung vom Turm in die kalte Tiefe, ureigenster Mut allein schafft es. Kein auf Macht und Rang pochendes Recht auf Bevorzugung gilt im Rennstade oder beim fröhlichen Spiel, nur Unterordnung unter die Mitrunderer und Gleichstellung mit den Mitspielern erdöglicht ein harmonisches Gelingen. — Ob Mann, ob Weib, ob Arbeiter oder Adliger, ob Minister oder Straßengänger, auf grünem Rasen, an stieltem Felsenhang, auf blühendem Schnee, in den schäumenden Wellen gilt nur der nackte Mensch, sind alle Gleiche.

Durchwirtet von Leibesübung, erfüllt von Sport- und Turnergeist, vermag das Leben nicht nur jedes einzelnen, nein, eines ganzen Volkes sich zu wandeln, zu bessern, zu gesunden. Sinaus aus Kastengeist und Parteigeiz, aus Glaubenshader und Besitzneid, hinaus aus dem tiefen Tal allzuwichtig genommener Mächtigkeits, aus Werkstattdunst und Altentand, aus künstlerischer Lust und hohem Schein, aufwärts zu sonniger Höhe, zu Licht, Luft, Jugendfreude, Spannkraft und Frohsinn, zu schlüchtem, edelstem Menschentum, empor zu des Sozialismus höchstem Ziel, sozialem Ausgletch, führen

Turnen, Sport und Spiel.

Die Zukunft der Düngemittelwirtschaft.

Es besteht kein Zweifel an der technischen Möglichkeit zur Wiederintensivierung unserer darniederliegenden Landwirtschaft durch vermehrte Kunstdüngung unserer völliig ausgepöberten Böden. Hierüber sind in den Parlamenten und Zeitungen die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, die das Problem behandeln, der Landwirtschaft den Stickstoff zu erschwinglichen Preisen zuzuführen. Diese Aufgabe muß und kann in der Stickstoffindustrie selbst gelöst werden, da alle gewaltsamen Verbilligungsaktionen durch Reichsmittel letzten Endes doch vom Verbraucher und Steuerzahler getragen werden müssen. Eine Steigerung unserer Stickstoff-Erzeugung um etwa 40 Proz. ist in Vorbereitung und wird der Stickstoffindustrie einen Ausfuhrüberschuß gestatten. Der sich angeht der hohen Weltmarktpreise hieraus ergebende bedeutende Gewinn soll zur Verbilligung unseres Inlandsbedarfes an Stickstoff verwendet werden.

Bei der Kalidüngung liegen ähnliche Verhältnisse vor. Die vom Kalidüngung in Aussicht genommene Steigerung der Kalidüngungspreise um 50 bis 55 Proz. kann von der Landwirtschaft keinesfalls ohne Schädigung der Produktion getragen werden. Die Stabilisierung der Kalidüngungspreise beschäftigt zur Zeit der Reichs-Kalidüngung, von dem in nächster Zeit schwerwiegend Entscheidungen exportiert werden müssen.

Für Superphosphate ist für das kommende Düngungswirtschaftsjahr eine Ermäßigung der Preise von reichsweit in Aussicht genommen, die voraussichtlich 21 Prozent betragen wird.

Alles in allem ist die Zukunft des Düngemittelwirtschaft von so entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung und Steigerung der heimischen Brotgetreideerzeugung, daß das Interesse der gesamten Verbraucherchaft an einer beschleunigten Lösung dieser "Ragenfrage" nicht rege genug sein kann.

Ein nachahmenswertes Beispiel.

Nachdem sich vor kurzem sechs junge Dänen, die durch falsche Vorsepiegelungen verleitet, in die französische Fremdenlegion eintraten, in einem verzweifelten Schreiben an ihre Heimat gewandt und um Erlösung aus dieser Hölle gebeten hatten, eröffnete die dänische Zeitung "Sozialdemokraten" einen energischen Pressefeldzug gegen die französische Fremdenlegion. Hierdurch wiederum angeregt, bildete sich in Dänemark eine Organisation von Eltern, deren Ehre Opfer dieser modernen Sklavensklerei wurden, um auch ihrerseits alles zu versuchen, das Schicksal der dänischen Fremdenlegionäre zu bessern, bezw. den jungen Dänen den Austritt aus der Fremdenlegion zu erleichtern oder zu ermöglichen.

Inzwischen ist wiederum ein neues Gesuch, von 14 Dänen in Marokko unterzeichnet, an ihre Regierung gelangt, in dem über die außerordentlich ungünstigen Verhältnisse in Algier, die den ihnen gemachten Zusagen widersprechen, Klage geführt wird. Auch aus diesem Gesuch geht es hervor, daß die Verträge den Angeworbenen nicht in der Muttersprache, sondern nur in französischer Wortlaut vorgelegt wurden, sodaß eine Nachprüfung seitens der jungen Menschen nicht stattfinden konnte. Des weiteren, so heißt es in diesem Gesuch, spottet die Behandlung der Angeworbenen, vor allem in Marokko, jeder Beschreibung. Sie wurden in Marokko als Kriegsgefangene interniert und wie Hunde behandelt. Das Krankmelden wurde mit vier bis acht Tagen Arrest bestraft. Ein Mann mußte erst halbtot sein (so heißt es dort wörtlich) bevor seine Krankheit festgestellt und anerkannt wurde. Das Essen war durchaus ungenießbar und viel zu knapp bemessen, sodaß ein Mann nur die Hälfte von dem bekam, was er zur notwendigen Aufrechterhaltung des Lebens bedurft. Der ganze Lohn ging für die Beschaffung von Lebensmitteln drauf.

Weitere Einzelheiten können wir uns an dieser Stelle ersparen, sie sind hinlänglich bekannt.

Zu begrüßen wäre es nur, wenn auch die deutsche Presse dem Beispiel der dänischen Zeitung folgen und sich auch bei uns eine Organisation von Eltern bilden würde, die es sich zur Aufgabe macht, die Lage der Deutschen in Marokko nach Möglichkeit zu erleichtern.

Gerichtssaal.

Kommunistenprozesse. Der Prozeß vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. M. gegen die acht des Landesfriedensbrüchens, der Bländerung usw. beschuldigten Angeklagten endete am Sonnabend mit der Verurteilung der Angeklagten zu längeren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. — Im Weisberg-Kommunistenprozeß kam das Gericht zu einer Freisprechung aller Angeklagten mit Ausnahme des Angeklagten Urndt, gegen den eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten verhängt wurde. Was Urndt betrifft, so wird als festgesetzt angesehen, daß er an dem Kommunistenunternehmen in Berlin-Weisberg, bei dem bekanntlich ein Polizeiwachmeister sein Leben einbüßte, beteiligt gewesen sei. Das Unternehmen sei ein militärisches gewesen, es sei auch diesmal gar nicht mehr ernstlich bestritten worden, daß die kommunistische Kampforganisation bestanden habe.

Locales.

Die Arbeiterzufahrtarten. Das Reichsverkehrsministerium hat nunmehr, wie die "D. N. B." von gutunterrichteter Seite erfährt, die endgültige Bestimmung über die Ausdehnung der Arbeiterzufahrtarten getroffen. Der Begriff Arbeiter ist auf sämtliche gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen sowie auch auf solche Personen ausgedehnt worden, die sich in Verkehrsmitteln befinden. Auch ist der Geltungsbereich von 50 Kilometer auf 100 Kilometer erhöht worden, wobei noch betont wird, daß auch über diese Entfernung hinaus bis zu 250 Tarifkilometer Entfernungen Arbeiterzufahrtarten mit besonderer Genehmigung der zuständigen Eisenbahndirektion erteilt werden können. Die Arbeiterzufahrtarten werden verabsolgt gegen einen Ausweis des Arbeitgebers und der zuständigen Ortspolizeibehörde. Die neuen Bestimmungen treten vom 1. März 1921 ab in Kraft.

Weißer Woche. Einer großen Beliebtheit beim deutschen Publikum erfreut sich eine Sitte, die zu uns aus Frankreich gekommen ist und die sich trotz der schweren wirtschaftlichen Not dank der Rührigkeit der deutschen Kaufleute zu halten weiß. Die "Weiße Woche"! Alle Weißwaren, Leinen, Wäsche, usw. werden während der ersten Februartage zu begehrten Artikeln des launhaftigen Publikums. Alle rührigen Kaufhäuser regen sich doppelt, um aus ihren Lagern den weißen Regen zu billigsten Preisen an die Kunden zu verkaufen. Und in der Tat macht sich in der Wäscheindustrie seit einiger Zeit eine sinkende Preis tendenz bemerkbar. Das hat natürlich zur Folge, daß das Publikum sich in gleicher Stärke wie bei den Inventuraussverkäufen auf die billigen Artikel wirft. Zum Bedauern vieler Geschäftslente befindet sich aber unter der großen Schar des Publikums sehr viel "Marine" — wie der Berliner sagt — Marine sind nämlich die Seh-Deute, die sich däl ansehen, aber wenig kaufen.

Aus Stadt und Land.

Erbitterter Wahlkampf. In Pommern hat die Wahlbewegung zum Preussischen Landtag wenig erfreuliche Formen angenommen. Nach einer Wahlversammlung in Kolbatz wurde dem "Berl. Tagebl." zufolge ein Feldhüter, der an der Versammlung teilgenommen hatte, mit Fußtritten mißhandelt, worauf dieser aus einer Pistole fünf Schüsse abgab und einen Beobachter tödlich traf. Der Betroffene ist seinen Verletzungen erlegen.

Eine bayerische Feuerwehreinheit? Vom bayerischen Städteverband ist den Gemeinden anheimgestellt worden, eine Feuerwehreinheit einzuführen, wonach alle Männer, die nicht in der Feuerwehr sind, eine Abgabe von 3 bis 50 Mark zu zahlen haben.

Unbesonnenheiten in München. Im Verlauf der Protestkundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse ist in München das Amtsschild des französischen Konsulats beschädigt worden. Die bayerische Regierung hat sofort ihre Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Im Anschluß daran riefen die Blätter die dringende Mahnung an alle Volksgenossen, keine derartigen Torheiten zu begehen, weil solche Unbesonnenheiten der Regierung nur Schwierigkeiten und unnütze Demütigungen bereiten.

Das Karnevalsverbot in München. Wie den "Berliner Lokalanzeiger" aus München erfährt, hat die Polizei am Montagabend im Hotel "Bayerischer Hof" einen Rosenmontagsball von 250 Personen der ehemaligen Hofgesellschaft, darunter Prinzen und Prinzessinnen mediatisierter Häuser, aufgehoben. Die ganze feudale Gesellschaft mußte zu Fuß zum Verhör und zur Feststellung ihrer Personallisten nach der benachbarten Polizeidirektion wandern, wo sie später entlassen wurde. Der Ball war zur selben Zeit, da in den größten Sälen Münchens Maskenballungen gegen das Pariser Verfassungsverbot abgehalten wurden.

Verhängnisvolle Verwechslung. Einen tragischen Ausgang nahm eine Hochzeit in Enderndorf (Bayern). Alter Sitte gemäß wurde nach Mitteln von der Trauung der übliche Brand verabreicht. Die bei der Hochzeit tätige Aufwärterin hatte dabei eine Flasche Arsenlösung mit einer Flasche Wein verwechselt und reichte den Giftrank dem Brautpaar und den Trauzeugen, die ahnungslos davon tranken. Die furchtbare Wirkung trat nach einigen Minuten ein. Während der Vater der Braut, der allseitig bekannt und beliebte Gastwirt Johann Selz in Enderndorf bereits gestorben ist, liegen der Vater des Bräutigams, die Brautjungfern und das junge Ehepaar selbst krank darnieder. Eine Gerichtskommission hat sich Zweck Untersuchung an Ort und Stelle begeben.

Der Schaden des Streiks in Leberkufen. Den Schlichtungsausschuß in Köln hat den wilden Streik bei den Farbwerken, vormals Friedrich Bayer u. Co., in Leberkufen für einen schweren Tarifbruch erklärt. Die Streikenden haben, ohne Verhandlungen abzuwarten, den Betrieb verlassen und auch sämtliche Notstandsarbeiten im Werk verweigert. Der unmittelbare Schaden beträgt nach den bisherigen Schätzungen gegen dreißig Millionen Mark; der mittelbare ist unüberschaubar, denn es wird Monate dauern, bis die Schwefelsäureproduktion, die Grundlage der gesamten Farbenerzeugung, wieder aufgenommen und die Arbeiter wieder beschäftigt werden können. Die Farben- und Medikamentenerzeugung in Leberkufen ist vornehmlich für die Wiedergutmachung bestimmt. Die freien Gewerkschaften, die den Streik verurteilen, haben jede Unterstützung und Verantwortung abgelehnt, waren aber nicht in der Lage, die Notstandsarbeiten durchzuführen, die von wenigen freiwilligen Arbeitskräften unter genügendem Schutz hätte verrichtet werden können. Eine Technische Rothhilfe gibt es im diesem Gebiet nicht, da ihre Bildung von der Rheinland-Kommission verboten worden ist.

Hungerstreik einer Untersuchungsgefängnis. Die unter der Beschuldigung verhaftete Oberwärterin Schachtabel, jahrzehntelang die ihr eingeräumte Nacht im Karl-Friedrich-Hospital in Blankenhain, der Weimarerischen Irrenanstalt, zu Riesendiebstählen mißbraucht zu haben, verweigert im Untersuchungsgefängnis jede Nahrungsaufnahme. Die 23 Jahre alte Wärterin Martha Schachtabel, die wegen Diebstahls verhaftet werden sollte, und vor Eintreffen der Polizeibeamten Sublimat zu sich genommen hatte, ist unter gräßlichen Schmerzen gestorben. In den Kellern der Anstalt, die zur Abteilung der Oberwärterin gehörten, sind große Mengen gestohlenen Wäsche, Kleider und Schuhe gefunden worden. Ein erheblicher Posten von Schuhen, die noch aus der Friedenszeit stammen, wurde von der Schachtabel, als die Entdeckung nicht mehr zu vermeiden war, verbrannt.

Ein belgischer Vandidirektor als Gesandtschaftler. Nach einer Meldung des "Echo du Rhin" aus Aachen, ist am Donnerstag an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenzwaage ein Kuts angehalten worden, in dem der Direktor der Bank von Serviers sich befand, die in Aachen eine Zweigstelle unterhält. Dabei sollen bedeutende Summen beschlagnahmt worden sein. Da außerdem die Papiere der Reisenden nicht in Ordnung waren, habe die deutsche Schutzwaage den Direktor, seinen Sekretär und Chauffeur festgenommen, später aber wieder freigelassen, den Direktor aber nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark.

Japanische Sprüche für Deutschland. Der bekannte japanische Zeitungsverleger Motojama, der Besitzer der Tokio-Ritschi-Ritschi und der Osaka-Rat Ritschi, stiftete 200.000 Mark für die deutsche Kinderhilfe.

Scherz und Ernst.

2. Drahtlose Musikübertragung. In Verbindung mit den seit einigen Monaten auf Anordnung des Reichspostministeriums von der Hauptfunkstelle Königs-Bücherhausen mit Erfolg ausgeführten Funktelephonversuchen ist vor Kurzem ein Instrumentalkonzert drahtlos übermittelte worden. Eine 400 Kilometer entfernte Aufnahmestelle hebt hervor, das Konzert sei so deutlich hörbar gewesen, daß man sich an der Stelle des Ursprungs zu befinden glaubte. Außer von den Empfangsstellen im Reich ist das Konzert auch in Belgien, Holland, Ungarn und England mitgehört worden. Von allen, selbst von einer 1000 Kilometer entfernt liegenden englischen Funkstelle wird die Klarheit und die große Lautstärke der Übermittlung hervorgehoben. Die Versuche haben gezeigt, daß sich bei sorgfältiger Ausnutzung der gewonnenen Erfahrungen die technischen Voraussetzungen für die praktische Übertragung einer drahtlosen Musikübertragung werden erfüllen lassen.

11. Ein teures Brot. Stuttgarter Blätter enthalten folgende bezeichnende Anzeig: „Die zwei Damen aus Wiesbaden mit Kind (Hermann), die am 14. Januar 1921 vormittags mit dem D-Bus von Darmstadt nach Stuttgart und von da über Ulm-Neu-Ulm zu einer Hochzeit weiterfahren und denen zwischen Mühlacker und Stuttgart von einem Mitreisenden zwei Pakete mit Broten gegeben wurden, werden dringend gebeten, ihre Adresse anzugeben, da in einem der Pakete an Stelle des Brotes irrtümlich 10 000 Mark enthalten waren. Belohnung wird demjenigen zugesichert, der unter obiger Nummer angibt, wohin die beiden Damen zu einer Hochzeit in der Nähe von Ulm-Neu-Ulm gereist sind.“

12. Woher kommen die Nordwest- und Südwestwinde? Diese Frage erscheint von großem Interesse. Da nämlich die Luftbewegung regelmäßig die Richtung von den Polen nach dem Äquator und umgekehrt einschlägt, so müßten wir eigentlich immer Süd- oder Nordwind haben. Nun wehen aber unsere Winde selten rein aus diesen Richtungen, sondern hauptsächlich aus Süd- oder Nordost. Die Erklärung ist die, daß die betreffenden Winde auf ihrem Wege nach dem Ziele eine Ablenkung durch die Rotation der Erde erfahren. Wenn Mutter Erde nicht die Gewohnheit hätte, sich um ihre Achse zu drehen, sondern hübsch still auf dem Plage bliebe, so behielten sowohl der obere wie der untere Passat unverändert die einmal genommene Richtung bei, anders infolge der Rotation. Die vom Äquator ausgehenden Luftströmungen bringen naturgemäß die schnellste Rotationsbewegung mit sich, kommen aber, je mehr sie sich den Polen nähern, in Gegenden von immer geringerer Rotationsgeschwindigkeit, und bei den von den Polen ausgehenden Strömungen ist es umgekehrt. So verändert sich im Westerskreise immer mehr die Richtung der betreffenden Luftströmung und erscheint, je nachdem sie vom Äquator oder von Norden ausgeht, als Südwest oder Nordwest oder als Nordost und Südost oder als reiner E-Wind. Außerdem spielt auch die jeweilige Beschaffenheit der Erdoberfläche, also der örtliche Charakter der Gegenden, die Anwesenheit von Ozeanen, Gebirgen usw. eine erhebliche Rolle, vor allem bei der Entstehung örtlicher oder periodischer Winde (z. B. des Föhn, der Bora, der Tag- und Nacht- und Land- und Seewinde).

13. Wolkenträger in Deutschland. Es ist in den Jahren vor dem Kriege viel über die Baumglückseligkeiten von Turmhäusern, sog. Wolkenträgern, geredet, geschrieben und debattiert worden, ohne daß an eine Ausführung der vielen aufstauenden Projekte gedacht werden konnte. Erst jetzt ist durch einen Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers die Verwirklichung der vielen Pläne in greifbare Nähe gerückt. Und in der Tat sollen nunmehr Wolkenträger in den großen Städten des Deutschen Reiches gebaut werden. Vom Hochhaus mit sieben Stockwerken wird man zu den bis her nur in Amerika üblichen Kolossalbauten bis zu 40 Stockwerken kommen. Für jeden einzelnen Fall muß jedoch eine besondere Erlaubnis zum Bau eingeholt werden; besonders deshalb, weil die deutschen Bauwerksverständigen befürchten, daß der Bau von Wolkenträgern nicht überall in Deutschland wegen des Untergrundes vorgenommen werden dürfte, vielmehr nur an bestimmten festen Punkten. Die übrigen Bedenken, besonders städtebaulicher und ästhetischer Natur, müssen gegenüber den Vorteilen, die durch Wolkenträger in der Zeit der überhandnehmenden Wohnungsnot ermöglicht werden, zurücktreten. Hygienische Bedenken, insbesondere die erhöhte Feuersgefahr, sollen durch ganz besondere Schutzmaßnahmen zertreten werden. In Berlin hat man zurzeit zwei Plätze an Verkehrsmittelpunkten gefunden, die mit Wolkenkernern bebaut werden sollen. Die Kostenersparnis im Verhältnis zu anderen kleineren und daher nicht so rentablen Bauten ist dabei ausschlaggebend. Man spricht in unterrichteten Kreisen davon, daß bereits im Frühjahr dieses Jahres mit Wolkenträgerbauten begonnen wird.

14. Elternliebe in der Tierwelt. Von gemeinsamer Elternliebe kann man in der Tierwelt in der Hauptsache nur bei den Vögeln sprechen. Bei dem größten Teil der Säugetiere bekümmert sich der Herr Papa so gut wie gar nicht um seine Sprößlinge, höchstens verteidigt er sie mit bei gemeinsamer Gefahr. Ja, Gleichgültigkeit ist oft noch das menschenwerteste Gefühl. Zahlreiche Säugetierväter freuen ihre Nachkommenschaft auf, und die Mütter müssen diese — wie die Käse vor dem Kater — sorgfältig vor den Augen ihres Eheherrn verbergen. Ihnen gegenüber stehen indes auch solche Mütter, die sich um ihre Kinder noch um nicht kümmern und es den Vätern überlassen, diese zu pflügen und zu erziehen. Vogel- und Tierzüchter machen in dieser Hinsicht oft die erstaunlichsten und betrübendsten Erfahrungen. Ein Weibchen, das sich der Jungen nicht annimmt oder keine Lust zum Brüten zeigt, wird von dem Züchter so schnell wie möglich aus der Heide entfernt. Jedoch trägt an solch mütterlicher Gleichgültigkeit nicht immer Mangel an Liebe die Schuld. Wenn Mütter — wie dies manchmal bei Schweinen vorkommt — ihre neugeborenen Jungen aufstreffen, so ist dies entweder die Folge einer Triebverdrängung oder einer Aufwallung des Reizens über

den Tod, das sechs Wochen verurteilten Schwerg. Bei gefangenen Tieren kommt es häufig vor, daß sie die geborenen Jungen nicht säugen, auch wenn sie Milch haben. Darin ist die Wirkung der durch die Gefangenschaft erzeugten Anlust und Traurigkeit zu erblicken. Wer nun aber auch die Jungen aufpäpelt oder ausbrütet, Vater oder Mutter oder beide gemeinsam — alle drehen vom Tage der Volljährigkeit der Kinder, wenn wir uns so ausdrücken dürfen, die Verbindung mit ihnen ab. Nur, wo die Vermehrung eine beschränkte ist, bei den höher entwickelten Tieren, den Affen, finden wir einen längeren und innigen Zusammenhalt.

15. Blumen zwischen den Doppelfenstern sind ein reizender Zimmer schmuck und täuschen uns auf liebliche Weise im Winter den Frühling vor. Da der Raum zwischen beiden Fenstern nur schmal ist, können dort Blumenkästen in der Regel keinen Platz finden, und auch für Blumentöpfe reicht es noch nicht. Deshalb verwendet man mit Vorliebe die schlanken Blumentöpfe, die Kultur der Blumen in ihnen ist auch noch einfacher als in Kästen und Töpfen. Die Zwiebeln werden auf die mit Wasser gefüllten Gläser gesetzt und bis zur Entwicklung der Wurzeln dunkel gehalten. Das dauert, je nachdem, 4 bis 6 Wochen. Alle vierzehn Tage ist das Wasser in gleicher Temperatur zu erneuern, das frische Wasser darf also nicht kälter sein als das alte. Zwischen den Doppelfenstern muß auch tünchlich eine gleichmäßige Temperatur herrschen und vor allem muß der Zutritt der warmen Stubenluft verhindert werden. Ebenso befördern die Sonnenstrahlen das rasche Verblühen. Man züchtet und unterhält derart in Blumentöpfen Tulpen, Hyacinthen, Narzissen und Krokusse und hat darin hinsichtlich der Farben eine reiche Auswahl. Wer zwischen den Doppelfenstern Raum genug für einen Blumenkasten hat, der kann die Blumenzucht im Winter allerdings in erheblichem Maße betreiben und unter den vielen Kalttauspflanzen die ihm zusagendsten wählen. Aber, wie schon angedeutet, verlangt eine solche Kultur im „Hinausgeschobenen“ oder „eingeklickten“ Kasten weit mehr Pflege und Aufmerksamkeit, und zudem ist ein Verbauen der Fenster wegen der Zimmerlüftung nicht immer angängig. Notwendiger als Blumen schmuck im Zimmer, so schön er sich auch ausnimmt, ist eine reine, gesunde Luft für die Zimmerbewohner.

16. Über allen Gipfeln ist Ruh. „so tief man auf dem neuesten Rotgeld des Thüringischen Bades Jena u. a., das berechtigt Aufsehen erregt hat. Sini es doch durch den Meister der neuhochdeutschen Literatur geweichte Stätten, die unbedingt ein Recht darauf haben, auch in den kleinen Dingen des Tages auf das große Schaffen der vergangenen Goethebeuge hin zu weisen. Und so flattern in künstlerischer Ausstattung Goethe-Gedächtnisse in Form von 10-, 20-, 25- und 50 Pfg.-Scheinen in den Verkehr. Die von bewährten Bergbahnen eingerahmte Stadt, der mit seinen Erinnerungen geradezu klassisch gewordene Kitzbühel, Goethe vor der kleinen Baude, an deren Tür er die postvollene und an Sprachschönheit nicht zu übertreffende Berse schrieb:

Über allen Gipfeln ist Ruh.
In allen Wipfeln spürest Du
Kaum einen Hauch.
Die Bäche schlafen im Walde.
Warte nur, warte nur: bald
Ruhest Du auch!

und ein Einblick in die weitberühmte Jmenauer Glas- und Thermometer-Industrie sind die vier Motive für den Miniaturzeichnungen auf dem neuen Rotgeld, das ohne Zweifel viel Ansehen finden und von Sammlern ungeheuer begehrt sein wird.

Spitzen.

Roman von Paul Hindau.

(I. Buchkapitel.)

Juliane machte in den aristokratischen Salons und auch bei Hofe durch den Reiz ihrer Erscheinung und ihres Wesens Aufsehen. Sie wurde viel umschwärmt; aber unter all den jungen Kavaliere, die mit ihr durch den Saal slogen und in den Tanzpausen sich über die feine Eselstierigkeit ihrer Antworten höchlich erregten, war auch nicht einer, der sich ihr mit ernsthafteren Absichten zu nähern schien.

Julianen war das ganz recht. Sie hatte von jeher mit Vorliebe die Gesellschaft älterer und reiferer Männer aufgesucht und immer behauptet, daß sie im Verkehr mit jungen Leuten verdammt, sich nicht das geringste aus dem machte, was sie von diesen zu hören bekomme, und niemals wisse, was sie ihnen sagen solle. Wie viel lieber plauderte sie mit dem Grafen Albrecht von Jened, den sie auf dem ersten Ball in Berlin beim Baron von Hedersdorf kennen gelernt und im Laufe des Winterts in fast allen Gesellschaften, die sie besuchte, wiedergefunden hatte, — wie viel lieber mit diesem klugen, ja bedeutenden Manne, als mit all den jungen Weiden, die sie mit ihren Alltäglichkeiten und Albernheiten langweilten.

Was schadete es, daß Graf von Jened in der Mitte der Fünfzig stand, also fünfundsiebzig wohlgezahlte Jahre älter war als sie? Sie dachte nicht an den Geburtstagen, wenn sie ihm gegenüberstand und ihn mit ihren dunklen Augen anbläute.

Der Graf stützte ihr auch durch sein ernstes und nützliches Wirken Respekt ein. Er war reich und hätte so gut wie viele andere in behaglichem Müßiggange sorglose Tage verbringen können. Und noch heute, da ihm die Jahre wenigstens eine Beschränkung seiner Tätigkeit wohl verstatet hätten, arbeitete er vom frühen Morgen bis zum späten Abend mit dem häufigsten und ernstesten Beamten um die Wette. Er nahm eine der hervorragendsten juristischen Stellungen im Reiche ein. Präsident Albrecht Graf von Jened war Wirklicher Geheimrat, Kronsyndikus und durch Allerhöchstes Vertrauen lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses. Wegen seiner ausgezeichneten Weisheitsgaben, seines tiefen Gerechtigkeitsgefühls und seiner ehernen Pflichttreue stand er allgemein in höchstem Ansehen.

Seit zwanzig Jahren war Graf von Jened Witwer. Seine Frau, die hübsche Tochter eines armen kleinen Beamten, in die er sich leidenschaftlich verliebt und mit der er sich gegen den einmütigen Willen seiner Familie verheiratet hatte, hatte er nach kaum ein-

jähriger Ehe unter tragischen Umständen plötzlich verloren. Sie war bei einer größeren Weibgeparthe, die sie gemeinsam unternehmen hatten, verunglückt.

Fürst Eychhof und Karola hatten sich schon darüber gewundert, daß Juliane an diesem älteren, achtunggebietenden, abgeschlossenen Manne so unverhohlenen Gefallen fand. Aus äußerster Erstaunen der Fürst, als er eines Tages in den Mittagstunden den Besuch seines alten Freundes Grafen Albrecht empfing und von diesem hörte, daß er entschlossen sei, die blutjunge Juliane durch das Band der Ehe dauernd an sich zu fesseln, wenn das junge Mädchen, wie er hoffe und glaube, zur Annahme seines Antrages geneigt sei. Der Fürst sprach mit Karola, Karola sprach mit Julianen, die auf die bestrebliche Mitteilung schon

vorbereitet war und nichts anderes darauf zu erwidern hatte, als: „Nieber den Grafen, als jeden anderen!“, bei über alle Bedenken, die Karola geltend zu machen für ihre Pflicht hielt, in der ihr eigentümlichen, entzückend leichtsinnigen Weise lächelte, die mütterlich Freundin schließlich für mich umarmte und ihr mit einem langen Kuß den Mund schloß.

Eine Stunde später erhielt Graf Albrecht von Fürsten eine Einladung zum Diner und tags darauf wurde die Verlobungsanzeige in mehreren hundert Exemplaren verfaßt.

Diese Verlobung bildete die größte Ueberraschung des Winters; es war das „Ereignis“ der Gesellschaft und in den Salons am Saume des Tiergartens, in der Wilhelm-, Hof- und Behrenstraße und am Pariser Platz wurde tagelang kaum von etwas anderem gesprochen.

Zu jener Zeit nun war auf einer Gemeinbesetzung, die sich regen Zuspruchs erfreut hatte, ein Kunstwerk ausgestellt, für das niemand ein tieferes Verständnis besaß, und eine aufrichtiger Bewunderung empfand als Komtesse Juliane. Es war die wunderbar getreue, mit äußerster Kunstfertigkeit hergestellte Nachbildung eines historischen Prachtstückes alter Spitzenarbeit, das Julianen aus Beschreibungen und Abbildungen längst bekannt war: eine der schönsten und zugleich meisterhaftesten Spitzenarbeiten, ein langer Umhang, den Graf Lamoral von Egmont in Jahre 1554 dem Infanten Philipp, nachmaligen König Philipp II. von Spanien, zu dessen Vermählung mit Maria von England als stolzen Zeugen der Brabanten Klippelputz verehrt hatte. Das Original befand sich jetzt unter dem schon aus dem XVI. Jahrhundert stammenden Titel der „Lamoralspitze“ in der berühmten Kappsteiner Sammlung, die der verstorbene Fürst Günther von Engernheim angelegt und zu kunstgeschichtlicher Bedeutung erhoben hatte. Fürst Günther hatte die „Lamoral“ vor etwa vierzig Jahren in einer Reiseigerung zu Brüssel für eine zwar immerhin noch sehr große Summe, aber im Verhältnis zu dem wahren ungeschätzbaren Werte dieses einzigen Kunstwerkes doch spottwohlfeil erstanden.

Daß diese Spitze für einen so fabelhaft niedrigen Preis losgeschlagen wurde, hatte seine besondere Bedeutsamkeit.

Auch um die „Lamoral“ hatte sich, wie um so manches andere wertvolle Familienstück, ein Eigenkreis gebildet. Es wurde ihr nachgesagt, daß sie dem Besitz der Schande und Tod bringe. Daß sie ihn verhängnisvoll dazu treibe, in das Eheglück eines anderen einzugreifen, und daß er dabei den Untergang finde. Auf welche Art und zu welcher Zeit die „Lamoral“ aus dem Besitz der spanischen Krone in Privat Hände übergegangen war, wußte niemand zu sagen. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts gehörte sie einer Herzogin in der Provence, deren Gemahl für die Reize einer anderen schönen Dame allerdings nicht blind gewesen zu sein scheint, und der von deren Gatten überrascht und niedergestochen worden war.

Seit jener Familienkatastrophe in der Provence waren hundert Jahre verflossen, die „Lamoral“ hatte ihre Besitzer oft genug gewechselt, und es war nichts vorgefallen, was die ihr beigelegte unheilvolle Macht irgendwie beglaubigt hätte; da wurde die alte, inzwischen beinahe in Vergessenheit geratene Geschichte durch einen Zufall wieder aufgeführt.

Im Jahre 1832 fiel der Besitzer der „Lamoral“ im Zweikampfe von der Hand eines beleidigten Gatten. Die Zeitungen bemängelten sich des Veredes, und es war schließlich allgemein die Fabel verbreitet, daß alle Besitzer der „Lamoral“ vom Schicksal dazu ausersehen seien, in die Unfriedigung einer fremden Ehe einzubrechen und dabei Kopf und Kragen zu verlieren. Jedenfalls teilten die Hinterlassenen des im Zweikampfe Verstorbenen diesen Überglauben und setzten alles ins Wert, um sich dieser Unheilsspiße so schnell wie nur irgend möglich und um jeden Preis zu entledigen.

Fürst Günther von Engernheim-Kappstein war ein durchaus vorurteilsfreier Mann; außerdem schätzte ihn aber an sein Charakter und sein Temperament vor dem Glücke der „Lamoral“. Er schätzte folglich seinen Vererben nach Brüssel; und da der Aberglaube sehr viele, die sonst wohl als Mitbieter aufzutreten wären, zurückgeschreckt hatte, und auch die Kunsthandwerker wegen der unter solchen Umständen sehr erschwerten Verkauflichkeit kopfschen geworden waren, erstand er die kostbare Spitze verhältnismäßig zu einem Spottpreise. Sie bildete fortan einen Haupt schmuck der Kappsteiner Sammlung und benahm sich da höchst feltam, ohne dem glücklichen Besitzer irgend welches Leid an Leib oder Seele zuzufügen. Fürst Günther starb vierzig Jahre später ruhig in seinem Bett.

Als Juliane am Arme ihres Bräutigams die Ausstellung besuchte und die „Lamoral“ in der herrlichen Nachbildung zum erstenmale erblickte, war sie wie bezaubert. Sie konnte sich von diesem Meisterstücke, in das wohl ein Menschenleben mühseligster und sauberster Kunstarbeit hineingeflochten war, gar nicht lösen.

(Fortsetzung folgt.)

Gemeindeverbands-Spar- und Girokass

Schiedeberg.

Erpeditionzeit: Montags bis Freitags vormittags 8-1 und nachmittags 3-5 Uhr, an Tagen vor Sonn- und Festtagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. (Schluß folgt.)

Volksbibliothek Dippoldswalde

ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 7-10 Uhr

D
mach
den S
tanz
der S
Städt
den A
möglic
schle
40 E
getlich
in de
erhöbe
der F
16. H
sigen
Reichs
Romm
antelli
zung i
getreid
minilte
Imjoh
Nittterg
über i
der B
Dippol
nungen
Richtig
lands
Kobert
Abzug
Dittens
halten
und g
pp. —
stigung
der vo
fagnilte
dem C
Stadt
Hers
der G
Hentill
pp. in
(Nebert
Witend
stigte
zur U
idextr
Schippr
Mlle (S
Walter
wollen
Zangm
Nr. 12
(Neb-ri
eine U
eine Be
Berzow
E. —
einen B
worden
abend
Waherbe
haben.
— —
im verg
Reichs
präfie
Baugen
Ru
anfaller
außer W
Der Ber
zu Biet
kebe G